Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

27.01.1994 - Beschlußprotokoll 48. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Beschlußprotokoll**
Landtag 48. Sitzung
13. Wahlperiode 27. 01. 94
Nr. 13/672 — 13/686

Nr. 13/672

Bericht zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und über den Verlauf arbeitsmarktpolitischer Programme im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 1993
(Drucksache 13/798)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/673

Chancen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zu mehr Beschäftigung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 1994
(Drucksache 13/821)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/674

Arbeitsmarktpolitik
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 26. Januar 1994
(Drucksache 13/823)

Der vom Senat vorgelegte „Bericht zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und über den Verlauf arbeitsmarktpolitischer Programme im Lande Bremen" trägt zum guten Verständnis der beschäftigungspolitischen Entwicklung bei. Für die weitere Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Programme des Senats enthält der Bericht wichtige Anregungen. Nach Kenntnisnahme dieses Berichtes sieht sich die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Auffassung bestärkt, daß die regionale Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandels leisten wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt nachdrücklich die Absicht des Senats,

- sämtliche über Bundes- und EG-Recht vorhandenen Möglichkeiten einer Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik auszuschöpfen,
- seine beschäftigungspolitischen Anstrengungen durch eine bessere Verzahnung der arbeitsmarktorientierten Teilpolitiken zu verstärken, insbesondere durch Verknüpfung der Arbeitsmarkt- mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß der Leitgedanke bremischer Arbeitsmarktpolitik, wonach der Förderung von Beschäftigung Vorrang vor bloßer Finanzierung von Arbeitslosigkeit zukommt, weiter konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden muß.

1. Nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) haben die Arbeitsmarktprogramme des Landes Bremen im Zusammenwirken mit dem konsequenten Einsatz aller Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit erheblich dazu beigetragen, daß zwischen 1987 und 1992 die Arbeitslosigkeit im Land Bremen um ca. 25 % abgebaut werden konnte.

   Gleichwohl ist die Bürgerschaft (Landtag) darüber besorgt, daß sich aufgrund der allgemeinen Konjunkturentwicklung seit Mitte 1992 die Lage auf dem Arbeitsmarkt wiederum verschlechtert hat und sich die Rahmenbedingungen für die regionale Arbeitsmarktpolitik als Folge der veränderten Fördermöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz erschwert haben.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

   — entsprechend den Leitlinien des vorgelegten Berichtes alle Möglichkeiten zur Fortsetzung und Weiterentwicklung seiner erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik zu nutzen und weiterzuentwickeln.

   — sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einer regionalen Arbeitsmarktpolitik einzusetzen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, künftig in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und über den Verlauf arbeitsmarktpolitischer Programme im Land Bremen vorzulegen.

Nr. 13/675

Projektgesellschaften

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 11. Januar 1994
(Drucksache 13/803)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Senatsbeschluß, die Planung und Realisierung von Großprojekten, insbesondere des Verkehrsbereichs, nicht durch Ämter vorzunehmen, sondern an Projektgesellschaften zu vergeben. Es ist der Sinn des Sanierungsprogramms, die Großprojekte des ISP zügig planerisch anzugehen und umzusetzen. Deshalb wird der Senat aufgefordert, umgehend Projektgesellschaften für die Projekte Hemelinger Tunnel, A 281 (inklusive Wesertunnel), Güterbahnhof, die Häfen rechts der Weser und für ÖPNV-Maßnahmen zu gründen.

Nr. 13/676

Planung und Realisierung von Großprojekten an Projektgesellschaften übertragen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 1994
(Drucksache 13/814)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/677

Öffnung der gesamten Direktverbindung Bremerhaven—Hamburg für den Container-Zugverkehr

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 11. Januar 1994
(Drucksache 13/804)

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es aufgrund der sich abzeichnenden Verkehrsentwicklung für notwendig, sämtliche Möglichkeiten zu nutzen, Güterverkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die Öffnung der gesamten Direktverbindung Bremerhaven—Hamburg der „Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser" (EVB) für den Container-Zugverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil dieser ökologisch und ökonomisch sinnvollen Bestrebungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat kein Verständnis dafür, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechende Maßnahmen zur Öffnung der Streckenverbindung im Hamburger Hafengebiet ohne Begründung verweigert hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Verhandlungen mit dem Hamburger Senat fortzusetzen und sich für eine rasche Freigabe der lediglich 1 800 Meter langen Hafenbahnstrecke im Hamburger Hafengebiet einzusetzen.

Nr. 13/678

Maßnahmen gegen extremistische Gewalttäter
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1992
(Drucksache 13/389)

D a z u

Maßnahmen gegen extremistische Gewalttäter
Mitteilung des Senats vom 11. Januar 1994
(Drucksache 13/807)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/679

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umweltschutz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin T u c z e k

anstelle des Abgeordneten Werner Hoyer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Umweltschutz.

Nr. 13/680

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ingrid B u s b o o m

anstelle der Abgeordneten Christine Wischer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Nr. 13/681

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Christian W e b e r

anstelle des Abgeordneten Detmar Leo zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 13/682

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jürgen Janke

anstelle der Abgeordneten Jutta Kellmann-Hoppensack zum Mitglied und die Abgeordnete

Jutta Kellmann-Hoppensack

anstelle des Abgeordneten Jürgen Janke zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 13/683

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Angelegenheiten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrer Integration"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Barbara Wulff

anstelle der Abgeordneten Barbara Noack zum Mitglied und die Abgeordnete

Barbara Noack

anstelle der Abgeordneten Barbara Wulff zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses „Angelegenheiten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrer Integration".

Nr. 13/684

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für das Bauwesen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Elisabeth Hackstein

anstelle des aus der Deputation ausgeschiedenen Abgeordneten Dieter Mützelburg zum Mitglied der staatlichen Deputation für das Bauwesen.

Nr. 13/685

Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Heinz Wenke

anstelle der Abgeordneten Karin Tuczek zum Mitglied der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven.

Nr. 13/686

Verlängerung der Duldung von Flüchtlingen aus Kroatien

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 25. Januar 1994
(Drucksache 13/819)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat und in der Konferenz der Innenminister für eine Verlängerung der Duldung von Flüchtlingen aus Kroatien nach § 54 des Ausländergesetzes einzusetzen.

Druck: Hans Krohn, Bremen